Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2881

18. 05. 79

Sachgebiet 111

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

a) zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksachen 8/2682, 8/2757, 8/2806 —

b) zu dem von den Abgeordneten Dr. Langner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Lenz (Bergstraße), Helmrich, Dr. Laufs, Dr. Becker (Frankfurt), von der Heydt Freiherr zu Massenbach, Böhm (Melsungen), Pfeffermann, Neuhaus und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
— Drucksache 8/2306 —

c) zu dem von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksache 8/1716 —

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

A. Problem

Zu a)

Das Gesetzesvorhaben verfolgt folgende Ziele:

1. die Aktualisierung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag,
2. die Neuregelung des Wahlrechtsausschlusses bei Anordnung einer Pflegschaft,
3. die Neufassung der Fristenregelung zur Kandidatenaufstellung,
4. die Zulassung der Einsetzung von Briefwahlvorständen auf Kreis- und Gemeindeebene,
5. die Klärung von Rechtsfragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Bundeswahlgesetzes ergeben haben.

Zu b)

Mit dem Gesetzesvorhaben soll eine mögliche Wahlbeeinflussung durch Veröffentlichung sogenannter Wähler-Nachfragen am Wahltage vor Schließung der Wahllokale ausgeschlossen werden.

Zu c)

Mit dem Gesetzesvorhaben soll den deutschen Staatsbürgern, die seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften leben, die Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Bundestag ermöglicht werden.

B. Lösung

Zu a)

1. Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Deutschen Bundestag entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der deutschen Bevölkerung in den Bundesländern und trägt nicht mehr dem Stand der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Ländern nach deren Abschluß Rechnung. Deshalb wird für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag eine Neuverteilung der Bundestagswahlkreise zwischen den Ländern und für die meisten Länder auch eine Neuabgrenzung von Wahlkreisen vorgeschlagen.
2. Durch Änderung des § 13 Nr. 2 BWG wird festgelegt, daß geistig Gebrechliche, die unter Pflegschaft stehen, nur dann vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sind, wenn die Anordnung der Pflegschaft ohne ihre Einwilligung erfolgt ist. Wer durch Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts nachweist, daß die Pflegschaft auf Grund seiner Einwilligung angeordnet ist, soll dagegen wählen können.

3. Die den frühesten Termin für die innerparteiliche Kandidatenaufstellung bestimmende Regelung des § 21 Abs. 3 BWG wird an die 1976 erfolgte Änderung des Artikels 39 Abs. 1 GG angepaßt und inhaltlich erweitert.
4. Nach § 8 BWG ist das Briefwahlergebnis auf Wahlkreisebene zu ermitteln und festzustellen. Künftig soll die Ermittlung und Feststellung nach entsprechender Anordnung auch auf Kreis- oder Gemeindeebene erfolgen können.
5. Einige Vorschriften des Bundeswahlgesetzes haben in der Praxis zu Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten geführt. Diese Unklarheiten und Schwierigkeiten sollen bereinigt werden. Zugleich werden einige redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu b)

Der Ausschuß folgte der Empfehlung des Rechtsausschusses und entsprach dem Anliegen u. a. durch Einfügung eines neuen § 49 a (Ordnungswidrigkeiten) in das Gesetz.

Zu c)

Entsprechend der Empfehlung des Rechtsausschusses wurde die Erweiterung des Wahlrechts auf Deutsche, die am Wahltage seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der EG eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, abgelehnt.

Einstimmigkeit im Ausschuß zu a) und b), Mehrheitsentscheidung zu c)

C. Alternativen

Zu a) und b)

keine

Zu c)

Annahme des Gesetzentwurfs der CDU/CSU-Fraktion

D. Kosten

Bei einer Einsetzung von Briefwahlvorständen auf Kreis- oder Gemeindeebene nach entsprechender Entscheidung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle entstehen Mehrkosten, die vom Bund zu tragen sind. Durch die Neuregelung des § 13 Nr. 2 entsteht bei den Vormundschaftsgerichten ein Verwaltungsmehraufwand.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Gesetzentwürfe — Drucksachen 8/2682 und 8/2306 — in der sich aus der anliegenden Zusammenstellung ergebenden Fassung anzunehmen,

2. den Gesetzentwurf — Drucksache 8/1716 — abzulehnen,

3. die zu den Gesetzentwürfen eingegangenen Petitionen und Eingaben für erledigt zu erklären.

Bonn, den 16. Mai 1979

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	**Krey**	**Wittmann** (Straubing)	**Bühling**	**Dr. Wendig**
Vositzender	Berichterstatter			

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksachen 8/2682, 8/2757, 8/2806 —

und

des Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
— Drucksache 8/2306 —
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 **Änderung des Bundeswahlgesetzes**	Artikel 1 **Änderung des Bundeswahlgesetzes**
Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachungen vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) und 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) wird wie folgt geändert:	Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachungen vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) und 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) wird wie folgt geändert:
1. § 3 wird wie folgt geändert:	1. § 3 wird wie folgt geändert:
Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefaßt: „Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu erstatten."	**a)** Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefaßt: „Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu erstatten."
	b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefaßt: **„Werden Landesgrenzen nach den gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise."**
2. § 8 wird wie folgt geändert:	2. unverändert
a) In Absatz 1 wird vor den Worten „ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses." das Wort „mindestens" eingefügt und folgender Satz 2 angefügt: „Wieviel Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltage feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter."	
b) In Absatz 2 wird nach Satz 1 der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: „die Anordnung trifft der Landeswahlleiter." Der bisherige Satz 2 wird gestrichen.	
c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt: „(3) Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle."	
3. § 9 wird wie folgt geändert: Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefaßt: „Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis fünf vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Beisitzer des Wahlvorstandes von der Gemeindebehörde und die Beisitzer des Wahlvorstandes zur Feststellung des Briefwahlergebnisses vom Kreiswahlleiter, im Falle einer Anordnung nach § 8 Abs. 3 von der Gemeindebehörde oder von der Kreisverwaltungsbehörde allein oder im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher berufen werden."	3. unverändert
	3a. In § 11 werden die Absätze 2 und 3 gestrichen.
4. § 13 wird wie folgt geändert: *In* Nummer *2 werden die Worte* „wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht," *ersetzt durch die Worte* „wegen geistigen Gebrechens *ohne* seine Einwilligung unter Pflegschaft *gestellt ist,*"	4. § 13 wird wie folgt geändert: Nummer 2 **erhält folgende Fassung:** **„2. wer entmündigt ist oder** wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft **steht, sofern er nicht durch eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts nachweist, daß die Pflegschaft auf Grund seiner Einwilligung angeordnet ist."**

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
5. § 20 wird wie folgt geändert:	5. unverändert
a) In Absatz 2 wird in Satz 2 folgender Halbsatz eingefügt:	
„; die Wahlberechtigung der Unterzeichner ist bei Einreichung des Kreiswahlvorschlages nachzuweisen."	
b) In Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:	
„Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend."	
6. § 21 wird wie folgt geändert:	6. § 21 wird wie folgt geändert:
Absatz 3 Satz 2 erster Halbsatz wird wie folgt gefaßt:	Absatz 3 Satz 2 erster Halbsatz wird wie folgt gefaßt:
„Die Wahlen dürfen frühestens zweiunddreißig Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden;"	„Die Wahlen dürfen frühestens zweiunddreißig Monate, **für die Vertreterversammlungen frühestens dreiundzwanzig Monate,** nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden;".
7. § 25 wird wie folgt geändert:	7. unverändert
In Absatz 2 Satz 2 werden der Eingang und die Nummern 1 und 2 wie folgt gefaßt:	
„Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn	
1. die Form oder Frist des § 19 nicht gewahrt ist,	
2. die nach § 20 Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 3 erforderlichen gültigen Unterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichner fehlen, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, die der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden,"	
8. § 27 wird wie folgt geändert:	8. unverändert
a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt:	
„Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlages einer der in § 18 Abs. 2 genannten Parteien ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen."	
Satz 3 wird Satz 4.	
b) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Rufnamen" ersetzt durch das Wort „Vornamen".	

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
aus Drucksache 8/2306:	
§ 32 *erhält folgende Fassung:*	**8a. § 32 wird wie folgt geändert:**
„§ 32 *Unzulässige Wahlpropaganda,* unzulässige Veröffentlichung von Wähler*nachfragen*	**a) Die Überschrift wird um die Worte ",** unzulässige Veröffentlichung von Wähler**befragungen" ergänzt.**
(1) In dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, ist jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten.	
(2) Die Veröffentlichung *der* Ergebnisse von Wählerbefragungen *am Wahltag* vor Ablauf der Wahlzeit ist unzulässig."	**b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:** „(2) Die Veröffentlichung **von** Ergebnisse**n** von Wählerbefragungen **nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung** ist vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig."
9. § 36 wird wie folgt geändert:	9. unverändert
a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Im Falle einer Anordnung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle nach § 8 Abs. 3 tritt an die Stelle des Kreiswahlleiters in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 die Gemeindebehörde, die den Wahlschein ausgestellt hat, oder die Verwaltungsbehörde des Kreises, in dem diese Gemeinde liegt."	
b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefaßt: „(4) Wahlbriefe können von den Absendern bei der Deutschen Bundespost als Standardbriefe ohne besondere Versendungsform gebührenfrei eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Wahlbriefumschlägen befinden. Bei Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform hat der Absender den die jeweils gültige Briefgebühr übersteigenden Betrag zu tragen. Der Bund entrichtet an die Deutsche Bundespost für jeden von ihr beförderten, unfrei eingelieferten oder durch eine besondere Versendungsform übermittelten amtlichen Wahlbriefumschlag die jeweils gültige Briefgebühr."	

Entwurf

aus Drucksache 8/2306:

Artikel 2

In das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten wird folgender § 112 a eingefügt:

„§ 112 a

Unzulässige Veröffentlichung von Wählernachfragen

Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 32 Abs. 2 *des Bundeswahlgesetzes am Tage einer Bundestagswahl* Ergebnisse von Wählerbefragungen veröffentlicht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden."

Beschlüsse des 4. Ausschusses

9a. Es wird folgender § 49 a eingefügt:

„§ 49 a

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. **entgegen § 11 ohne wichtigen Grund ein Ehrenamt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen entzieht oder**
2. entgegen § 32 Abs. 2 Ergebnisse von Wählerbefragungen **nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung vor Ablauf der Wahlzeit** veröffentlicht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit **nach Absatz 1 Nr. 1** kann mit einer Geldbuße **bis zu tausend Deutsche Mark, die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 2 mit einer Geldbuße** bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. **bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 1**
   a) **der Kreiswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Wahlvorstehers, stellvertretenden Wahlvorstehers oder eines Beisitzers im Wahlvorstand oder im Kreiswahlausschuß,**
   b) **der Landeswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Beisitzers im Landeswahlausschuß,**
   c) **der Bundeswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Beisitzers im Bundeswahlausschuß**

   unberechtigt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen Amtes entzieht,
2. **bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 2 der Bundeswahlleiter."**

Entwurf:

10. Es wird folgender § 53 a eingefügt:

„§ 53 a

Fristen und Termine

Die in diesem Gesetz vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, daß der letzte Tag der Frist oder ein

Beschlüsse des 4. Ausschusses:

10. Es wird folgender § 53 a eingefügt:

„§ 53 a

Fristen und Termine

Die in diesem Gesetz vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, daß der letzte Tag der Frist oder ein

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
Termin auf einen Sonntag *oder* einen gesetzlichen oder staatlich geschützten Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen."	Termin auf **einen Sonnabend,** einen Sonntag, einen gesetzlichen oder staatlich geschützten Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen."
11. Die Worte „Bundestag" oder „Bundestages" in § 1 Abs. 1, § 3 Abs. 3 Satz 2, § 18 Abs. 2 und 3 Nr. 1, § 21 Abs. 1, § 30 Abs. 3, § 35 Abs. 2, § 44 Abs. 3, §§ 45 bis 48 und 53 sowie in den Überschriften zu den §§ 1, 45 und 46 sowie zum Achten Abschnitt werden ersetzt durch „Deutscher Bundestag", „Deutschen Bundestages" oder „Deutschen Bundestag".	11. unverändert
12. Die Anlage zum Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) erhält die aus der Anlage zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.	12. unverändert
	Artikel 1a **Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, in der Anlage zum Bundeswahlgesetz in der nach Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung die Abgrenzung von Wahlkreisen neu zu beschreiben und bekanntzumachen, wenn dies auf Grund kommunaler Gebiets- oder Namensänderungen angezeigt ist.**
Artikel 2 **Berlin-Klausel** Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.	Artikel 2 unverändert
Artikel 3 **Inkrafttreten** Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.	Artikel 3 unverändert

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage

(zu Artikel 1 Nr. 12)

Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schleswig-Holstein
1	Flensburg — Schleswig	Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg
2	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	Kreis Nordfriesland, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielsfreien Gemeinden Heide, Wesselburen, die Kirchspielslandgemeinden Büsum (= Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Hedwigenkoog, Oesterdeichstrich, Warwerort, Westerdeichstrich), Hennstedt (= Gemeinden Barkenholm, Bergewöhrden, Delve, Fedderingen, Glüsing, Hägen, Hennstedt, Hollingstedt, Kleve, Linden, Norderheistedt, Schlichting, Schwienhusen, Süderheistedt, Wiemerstedt), Lunden (= Gemeinden Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen), Tellingstedt (= Gemeinden Dellstedt, Dörpling, Gaushorn, Hövede, Pahlen, Schalkholz, Süderdorf, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Welmbüttel, Westerborstel, Wrohm), Weddingstedt (= Gemeinden Neuenkirchen, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln), Wesselburen (= Gemeinden Friedrichsgabekoog, Hellschen-Heringsand-Unterschaar, Hillgroven, Norddeich, Norderwöhrden, Oesterwurth, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3)
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	Kreis Steinburg, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielsfreien Gemeinden Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf, die Kirchspielslandgemeinden Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel), Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg (Dithmarschen), Eggstedt, Frestedt, Großenrade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt), Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn),

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Heide-Land (= Gemeinden Hemmingstedt, Lieth, Lohe-Rickelshof, Nordhastedt, Wöhrden), Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen), Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 2)
4	Rendsburg-Eckernförde	Kreis Rendsburg-Eckernförde
5	Kiel	Kreisfreie Stadt Kiel
6	Plön — Neumünster	Kreisfreie Stadt Neumünster, Kreis Plön
7	Pinneberg	Kreis Pinneberg
8	Segeberg — Stormarn-Nord	Kreis Segeberg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Bad Oldeslohe, Bargteheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel), Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 10)
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	Kreis Herzogtum Lauenburg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ahrensburg, Ammersbek, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek, die Ämter Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld), Trittau (= Gemeinde Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Hamburg
12	Hamburg-Mitte	Vom Bezirk Hamburg-Mitte das Kerngebiet Hamburg-Mitte (Ortsteile 101 bis 128, 140), das Ortsamtsgebiet Veddel-Rothenburgsort (Ortsteile 133 bis 137) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 17, 18), vom Bezirk Hamburg-Nord das Ortsamtsgebiet Barmbek-Uhlenhorst (Ortsteile 414 bis 429) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15)
13	Hamburg-Altona	Bezirk Altona (Ortsteile 201 bis 226)
14	Hamburg-Eimsbüttel	Bezirk Eimsbüttel (Ortsteile 301 bis 321)
15	Hamburg-Nord	Vom Bezirk Hamburg-Nord das Kerngebiet Hamburg-Nord (Ortsteile 401 bis 413), das Ortsamtsgebiet Fuhlsbüttel (Ortsteile 430 bis 432) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12), vom Bezirk Wandsbek das Ortsamtsgebiet Alstertal (Ortsteile 517 bis 520), Ortsamtsgebiet Walddörfer die Stadtteile Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt (Ortsteile 521 bis 524) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 16, 17)
16	Hamburg-Wandsbek	Vom Bezirk Wandsbek Kerngebiet Wandsbek die Stadtteile Eilbek, Wandsbek, Farmsen-Berne (Ortsteile 501 bis 509, 514), das Ortsamtsgebiet Bramfeld (Ortsteile 515 und 516), Ortsamtsgebiet Walddörfer der Stadtteil Volksdorf (Ortsteil 525), das Ortsamtsgebiet Rahlstedt (Ortsteil 526) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 17)
17	Hamburg-Bergedorf	Bezirk Bergedorf (Ortsteile 601 bis 614), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Billstedt (Ortsteile 129 bis 132) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 18), vom Bezirk Wandsbek die Stadtteile Marienthal, Jenfeld, Tonndorf (Ortsteile 510 bis 513) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 16)
18	Hamburg-Harburg	Bezirk Harburg (Ortsteile 701 bis 721), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Finkenwerder (Ortsteile 138 und 139) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 17)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Niedersachsen
19	Aurich — Emden	Kreisfreie Stadt Emden, Landkreis Aurich
20	Unterems	Landkreis Leer, vom Landkreis Emsland die Gemeinden Stadt Haren (Ems), Stadt Papenburg, Rhede (Ems), Twist, die Samtgemeinden Dörpen (= Gemeinden Dersum, Dörpen, Heede, Kluse, Lehe, Neubörger, Neulehe, Walchum, Wippingen), Lathen (= Gemeinden Fresenburg, Lathen, Niederlangen, Oberlangen, Renkenberge, Sustrum), Nordhümmling (= Gemeinden Bockhorst, Breddenberg, Esterwegen, Hilkenbrook, Surwold), Sögel (= Gemeinden Börger, Groß Berßen, Hüven, Klein Berßen, Sögel, Spahnharrenstätte, Stavern, Werpeloh), Werlte (= Gemeinden Lahn, Lorup, Rastdorf, Vrees, Werlte) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 26)
21	Friesland — Wilhelmshaven	Kreisfreie Stadt Wilhelmshaven, Landkreis Friesland
22	Oldenburg — Ammerland	Kreisfreie Stadt Oldenburg (Oldenburg), Landkreis Ammerland
23	Delmenhorst — Wesermarsch	Kreisfreie Stadt Delmenhorst, Landkreise Oldenburg (Oldenburg), Wesermarsch
24	Cuxhaven	Landkreis Cuxhaven
25	Stade	Landkreis Stade, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
26	Mittelems	Landkreis Grafschaft Bentheim, vom Landkreis Emsland die Gemeinden Emsbüren, Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Lingen (Ems), Stadt Meppen, Salzbergen, die Samtgemeinden Freren (= Gemeinden Andervenne, Beesten, Stadt Freren, Messingen, Thuine), Herzlake (= Gemeinden Dohren, Herzlake, Lähden), Lengerich (= Gemeinden Bawinkel, Gersten, Handrup, Langen, Lengerich, Wettrup), Spelle (= Gemeinden Lünne, Schapen, Spelle) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 20)
27	Cloppenburg — Vechta	Landkreise Cloppenburg, Vechta
28	Diepholz	Landkreis Diepholz
29	Verden	Landkreise Osterholz, Verden
30	Soltau — Rotenburg	Landkreis Soltau-Fallingbostel, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 25)
31	Lüneburg — Lüchow — Dannenberg	Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg
32	Osnabrück-Land	Vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Bad Laer, Bad Rothenfelde, Bissendorf, Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen am Teutoburger Wald, Hilter am Teutoburger Wald, Stadt Melle, Ostercappeln, die Samtgemeinden Artland (= Gemeinden Badbergen, Menslage, Nortrup, Stadt Quakenbrück), Bersenbrück (= Gemeinden Alfhausen, Ankum, Stadt Bersenbrück, Eggermühlen, Gehrde, Kettenkamp, Rieste), Fürstenau (= Gemeinden Berge, Bippen, Stadt Fürstenau), Neuenkirchen (= Gemeinden Merzen, Neuenkirchen, Voltlage) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 33)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
33	Osnabrück	Kreisfreie Stadt Osnabrück, vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Hasbergen, Wallenhorst (Übrige Gemeinden s. Wkr. 32)
34	Nienburg — Schaumburg	Landkreise Nienburg (Weser), Schaumburg
35	Harburg	Landkreis Harburg
36	Stadt Hannover I	„Hannover-Nord", nördlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Bothfeld, Burg, Groß-Buchholz, Hainholz, Isernhagen-Süd, Kleefeld, Klein-Buchholz, Lahe, Ledeburg, Leinhausen, List, Marienwerder, Misburg, Nordhafen, Osterfeld, Oststadt, Sahlkamp, Stöcken, Vahrenheide, Vahrenwald, Vinnhorst, Zoo (Übrige Stadtteile s. Wkr. 37)
37	Stadt Hannover II	„Hannover-Süd", südlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Ahlem, Badenstedt, Bemerode, Bornum, Bult, Calenberger Neustadt, Davenstedt, Döhren, Herrenhausen, Kirchrode, Limmer, Linden-Mitte, Linden-Nord, Linden-Süd, Mitte, Mittelfeld, Mühlenberg, Nordstadt, Oberricklingen, Ricklingen, Seelhorst, Südstadt, Waldhausen, Waldheim, Wettbergen, Wülfel (Übrige Stadtteile s. Wkr. 36)
38	Hannover-Land I	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Burgdorf, Burgwedel, Stadt Garbsen, Isernhagen, Stadt Langenhagen, Stadt Lehrte, Stadt Neustadt am Rübenberge, Uetze, Wedemark (Übrige Gemeinden s. Wkr. 42)
39	Celle — Uelzen	Landkreise Celle, Uelzen
40	Gifhorn — Peine	Landkreise Gifhorn, Peine
41	Hameln — Holzminden	Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden
42	Hannover-Land II	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Barsinghausen, Stadt Gehrden, Hemmingen, Stadt Laatzen, Stadt Pattensen, Stadt Ronnenberg, Stadt Seelze, Sehnde, Stadt Springe, Wennigsen (Deister), Stadt Wunstorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 38)
43	Hildesheim	Landkreis Hildesheim
44	Salzgitter — Wolfenbüttel	Kreisfreie Stadt Salzgitter, Landkreis Wolfenbüttel

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
45	Braunschweig	Kreisfreie Stadt Braunschweig
46	Helmstedt — Wolfsburg	Kreisfreie Stadt Wolfsburg, Landkreis Helmstedt
47	Goslar	Landkreis Goslar, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Bad Lauterberg im Harz, Stadt Bad Sachsa, die Samtgemeinde Walkenried (= Gemeinden Walkenried, Wieda, Zorge) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 48)
48	Northeim —Osterode	Landkreis Northeim, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Herzberg am Harz, Stadt Osterode am Harz, die Samtgemeinden Bad Grund (Harz) (= Gemeinden Badenhausen, Bergstadt Bad Grund [Harz], Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen), Hattorf am Harz (= Gemeinden Elbingerode, Hattorf am Harz, Hörden, Wulften) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 47)
49	Göttingen	Landkreis Göttingen
		Bremen
50	Bremen-Ost	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Ost (Ortsteile 311 bis 385), vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Ostertor (Ortsteil 113) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 51, 52), vom Stadtbezirk Süd der Stadtteil Obervieland (Ortsteile 231 bis 234), Stadtteil Neustadt der Ortsteil Huckelriede (Ortsteil 218) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 51)
51	Bremen-West	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk West (Ortsteile 411 bis 445), vom Stadtbezirk Mitte die Ortsteile Altstadt, Bahnhofsvorstadt, Handelshäfen, Industriehäfen, Neustädter Hafen, Hohentorshafen (Ortsteile 111, 112, 121, 122, 124, 125) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 50, 52),

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Stadtbezirk Süd Stadtteil Neustadt die Ortsteile Alte Neustadt, Hohentor, Neustadt, Südervorstadt, Gartenstadt Süd, Buntentor, Neuenland (Ortsteile 211 bis 217), Stadtteil Huchting (Ortsteile 241 bis 244), Stadtteil Woltmershausen (Ortsteile 251, 252), Ortsteil Seehausen (Ortsteil 261), Ortsteil Strom (Ortsteil 271) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 50)
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	Kreisfreie Stadt Bremerhaven, von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Nord (Ortsteile 511 bis 535), vom Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Häfen der Ortsteil Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven (Ortsteil 123) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 50, 51)
53 bis 123		**Nordrhein-Westfalen *)**
		Hessen
124	Waldeck	Vom Landkreis Kassel die Gemeinden Bad Karlshafen, Breuna, Calden, Emstal, Grebenstein, Habichtswald, Hofgeismar, Immenhausen, Liebenau, Naumburg, Oberweser, Reinhardshagen, Trendelburg, Wahlsburg, Wolfhagen, Zierenberg und der Gutsbezirk Reinhardswald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 125, 126), vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Arolsen, Bad Wildungen, Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Korbach, Lichtenfels, Twistetal, Volkmarsen, Waldeck, Willingen (Upland) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 127)
125	Kassel	Kreisfreie Stadt Kassel, vom Landkreis Kassel die Gemeinden Ahnatal, Espenau, Fuldatal, Vellmar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 126)
126	Werra — Meißner	Werra-Meißner-Kreis, vom Landkreis Kassel die Gemeinden Baunatal, Fuldabrück, Helsa, Kaufungen, Lohfelden, Nieste, Niestetal, Schauenburg, Söhrewald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 125)

**) Die Wahlkreiseinteilung für das Land Nordrhein wird nachgereicht.*

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
127	Schwalm — Eder	Vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Borken (Hessen), Edermünde, Frielendorf, Fritzlar, Gilserberg, Gudensberg, Homberg (Efze), Jesberg, Knüllwald, Neuental, Neukirchen, Niedenstein, Oberaula, Ottrau, Schrecksbach, Schwalmstadt, Schwarzenborn, Wabern, Willingshausen, Zwesten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 128), vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Allendorf (Eder), Battenberg (Eder), Bromskirchen, Burgwald, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden (Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Rosenthal, Vöhl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124)
128	Hersfeld	Landkreis Hersfeld-Rotenburg, vom Landkreis Fulda die Gemeinden Burghaun, Eiterfeld, Hünfeld, Nüsttal, Rasdorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132), vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Felsberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Spangenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 127)
129	Marburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
130	Wetzlar *)	Vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Aßlar, Biebertal, Bischoffen, Braunfels, Breitscheid, Dietzhölztal, Dillenburg, Driedorf, Ehringshausen, Eschenburg, Greifenstein, Haiger, Herborn, Hohenahr, Hüttenberg, Leun, Mittenaar, Schöffengrund, Siegbach, Sinn, Solms, Waldsolms (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131), von der kreisfreien Stadt Lahn die Stadtteile Allendorf/Lahn, Atzbach, Blasbach, Dorlar, Dutenhofen, Garbenheim, Hermannstein, Krofdorf-Gleiberg, Launsbach, Lützellinden, Münchholzhausen, Nauborn, Naunheim, Steindorf, Waldgirmes, Wetzlar, Wißmar (Übrige Stadtteile s. Wkr. 131)
131	Gießen *)	Von der kreisfreien Stadt Lahn die Stadtteile Gießen, Heuchelheim, Kinzenbach, Rödgen, Wieseck (Übrige Stadtteile s. Wkr. 130), vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Grünberg, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 130),

*) Vorläufige Bezeichnung bis zur Neugliederung der Stadt Lahn und des Lahn-Dill-Kreises.

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132)
132	Fulda	Vom Landkreis Fulda die Gemeinden Bad Salzschlirf, Dipperz, Ebersburg, Ehrenberg (Rhön), Eichenzell, Flieden, Fulda, Gersfeld (Rhön), Großenlüder, Hilders, Hofbieber, Hosenfeld, Kalbach, Künzell, Neuhof, Petersberg, Poppenhausen (Wasserkuppe), Tann (Rhön) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 128), vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Birstein, Brachtal, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Wächtersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 137), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach, Lautertal, Schlitz, Schotten, Ulrichstein, Wartenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131)
133	Hochtaunus	Hochtaunuskreis, vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Beselich, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Runkel, Villmar, Weilburg, Weilmünster, Weinbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 135), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Eppstein, Kelkheim (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 138, 141)
134	Wetterau	Wetteraukreis
135	Rheingau-Taunus-Limburg	Rheingau-Taunus-Kreis, vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Brechen, Camberg, Dornburg, Elbtal, Elz, Hadamar, Hünfelden, Limburg a. d. Lahn, Selters (Taunus), Waldbrunn (Westerwald) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133)
136	Wiesbaden	Kreisfreie Stadt Wiesbaden
137	Hanau	Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
138	Frankfurt am Main I — Main–Taunus	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 40 (Rödelheim), 41 (Hausen), 42 (Praunheim), 53 I (Schwanheim), 53 II (Teil Siedlung Goldstein), 54 und 55 (Griesheim), 56 (Nied), 57 bis 59 (Höchst), 60 (Sindlingen), 61 (Zeilsheim), 62 (Unterliederbach), 63 (Sossenheim) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 139, 140), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Bad Soden am Taunus, Eschborn, Hattersheim am Main, Kriftel, Liederbach, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 141)
139	Frankfurt am Main II	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 1 bis 3 (Altstadt), 4 bis 8 (Innenstadt), 9 (Bahnhofsviertel), 10, 11, 17 bis 19 (Westend), 15, 16 I, II, IV und V (Gutleut- und Gallusviertel), 16 III, 34 bis 36 (Bockenheim), 30 bis 33 (Sachsenhausen), 37 (Niederrad) und 53 III (Teil Goldstein), 43 (Heddernheim), 44 I (Ginnheim), 44 II (Dornbusch-West), 45 (Eschersheim), 48 (Niederursel), 65 (Kalbach) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 138, 140)
140	Frankfurt am Main III	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 12, 13, 20 bis 23 (Nordend), 14 und 25 (Ostend), 24, 27 bis 29 (Bornheim), 26 I (Osthafengebiet), 26 II (Riederwald), 38 (Oberrad), 39 (Seckbach), 46 I (Eckenheim), 46 II und III (Dornbusch-Ost), 47 (Preungesheim), 49 I (Bonames), 49 II (Frankfurter Berg), 50 (Berkersheim), 51 und 52 (Fechenheim), 64 (Nieder-Erlenbach), 66 (Harheim), 67 (Nieder-Eschbach), 68 (Bergen-Enkheim) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 138, 139)
141	Groß-Gerau	Landkreis Groß-Gerau, vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Flörsheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim am Taunus (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 138)
142	Offenbach	Kreisfreie Stadt Offenbach am Main, vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dreieich, Egelsbach, Heusenstamm, Langen, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Obertshausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144)
143	Darmstadt	Kreisfreie Stadt Darmstadt, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Bickenbach, Erzhausen, Griesheim, Messel, Modautal, Mühltal, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Roßdorf, Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
144	Odenwald	Odenwaldkreis, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Eppertshausen, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Münster, Otzberg, Reinheim, Schaafheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 143), vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dietzenbach, Hainburg, Mainhausen, Rodgau, Rödermark, Seligenstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 142)
145	Bergstraße	Landkreis Bergstraße
		Rheinland-Pfalz
146	Neuwied	Landkreise Altenkirchen (Westerwald), Neuwied
147	Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreien Gemeinden Andernach, Mayen, die Verbandsgemeinden Andernach-Land (= Gemeinden Kretz, Kruft, Nickenich, Plaidt, Saffig), Maifeld (= Gemeinden Einig, Gappenach, Gering, Gierschnach, Kalt, Kerben, Kollig, Lonnig, Mertloch, Münstermaifeld, Naunheim, Ochtendung, Pilllig, Polch, Rüber, Welling, Wierschem), Mayen-Land (= Gemeinden Acht, Anschau, Arft, Baar, Bermel, Boos, Ditscheid, Ettringen, Hausten, Herresbach, Hirten, Kehrig, Kirchwald, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Lind, Luxem, Monreal, Münk, Nachtsheim, Reudelsterz, Sankt Johann, Siebenbach, Virneburg, Weiler, Welschenbach), Mendig (= Gemeinden Bell, Mendig, Rieden, Thür, Volkesfeld) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 148)
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreie Gemeinde Bendorf, die Verbandsgemeinden Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch), Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken), Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg), Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 147),

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard, die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen-Lamscheid, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain), Sankt Goar-Oberwesel (= Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
149	Cochem	Landkreis Cochem-Zell, vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Morbach, die Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues (= Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Erden, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Kesten, Kleinich, Kommen, Lieser, Lösnich, Longkamp, Maring-Noviand, Monzelfeld, Mülheim (Mosel), Ürzig, Veldenz, Wintrich, Zeltingen-Rachtig), Neumagen-Dhron (= Gemeinden Minheim, Neumagen-Dhron, Piesport, Trittenheim), Thalfang (= Gemeinden Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronecken, Etgert, Gielert, Gräfendhron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Merschbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang), Traben-Trarbach (= Gemeinden Burg [Mosel], Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starkenburg, Traben-Trarbach) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 151), vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Verbandsgemeinden Kastellaun (= Gemeinden Alterkülz, Bell [Hunsrück], Beltheim, Braunshorn, Buch, Dommershausen, Gödenroth, Hasselbach, Hollnich, Kastellaun, Korweiler, Mastershausen, Michelbach, Roth, Spesenroth, Uhler), Kirchberg (Hunsrück) (= Gemeinden Bärenbach, Belg, Büchenbeuren, Dickenschied, Dill, Dillendorf, Gehlweiler, Gemünden, Hahn, Hecken, Heinzenbach, Henau, Hirchfeld [Hunsrück], Kappel, Kirchberg [Hunsrück], Kludenbach, Laufersweiler, Lautzenhausen, Lindenschied, Maitzborn, Metzenhausen, Nieder Kostenz, Niedersohren, Niederweiler, Ober Kostenz, Raversbeuren, Reckershausen, Rödelhausen, Rödern, Rohrbach, Schlierschied, Schwarzen, Sohren, Sohrschied, Todenroth, Unzenberg, Wahlenau, Womrath, Woppenroth, Würrich), Rheinböllen (= Gemeinden Argenthal, Benzweiler, Dichtelbach, Ellern [Hunsrück], Erbach, Kisselbach, Liebshausen, Mörschbach, Rheinböllen, Riesweiler, Schnorbach, Steinbach), Simmern (= Gemeinden Altweidelbach, Belgweiler, Bergenhausen, Biebern, Bubach, Budenbach, Fronhofen, Holzbach, Horn, Keidelheim, Klosterkumbd, Külz [Hunsrück], Kümbdchen, Laubach,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Mengerschied, Mutterschied, Nannhausen, Neuerkirch, Niederkumbd, Ohlweiler, Oppertshausen, Pleizenhausen, Ravengiersburg, Rayerschied, Reich, Riegenroth, Sargenroth, Schönborn, Simmern, Tiefenbach, Wahlbach, Wüschheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 148)
150	Kreuznach	Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld
151	Bitburg	Landkreise Bitburg-Prüm, Daun, vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Wittlich, die Verbandsgemeinden Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid), Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid), Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
152	Trier	Kreisfreie Stadt Trier, Landkreis Trier-Saarburg
153	Montabaur	Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis
154	Mainz	Kreisfreie Stadt Mainz, vom Landkreis Mainz-Bingen die verbandsfreien Gemeinden Bingen, Budenheim, Ingelheim am Rhein, die Verbandsgemeinden Bingen-Land (= Gemeinden Bacharach, Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim, Weiler bei Bingen), Gau-Algesheim (= Gemeinden Appenheim, Bubenheim, Engelstadt, Gau-Algesheim, Nieder-Hilbersheim, Ober-Hilbersheim, Ockenheim, Schwabenheim a. d. Selz), Heidesheim am Rhein (= Gemeinden Heidesheim am Rhein, Wakkernheim), Nieder-Olm (= Gemeinden Essenheim, Jugenheim in Rheinhessen, Klein-Winternheim, Nieder-Olm, Ober-Olm, Sörgenloch, Stadekken-Elsheim, Zornheim),

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Sprendlingen-Gensingen (= Gemeinden Aspisheim, Badenheim, Gensingen, Grolsheim, Horrweiler, Sankt Johann, Sprendlingen, Welgesheim, Wolfsheim, Zotzenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 155)
155	Worms	Kreisfreie Stadt Worms, Landkreis Alzey-Worms, vom Landkreis Mainz-Bingen die Verbandsgemeinden Bodenheim (= Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim), Guntersblum (= Gemeinden Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim), Nierstein-Oppenheim (= Gemeinden Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 154)
156	Frankenthal	Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz), Donnersbergkreis, vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreie Gemeinde Grünstadt, die Verbandsgemeinden Grünstadt-Land (= Gemeinden Battenberg [Pfalz], Bissersheim, Bockenheim an der Weinstraße, Dirmstein, Ebertsheim, Gerolsheim, Großkarlbach, Kindenheim, Kirchheim an der Weinstraße, Kleinkarlbach, Laumersheim, Mertesheim, Neuleiningen, Obersülzen, Obrigheim [Pfalz], Quirnheim), Hettenleidelheim (= Gemeinden Altleiningen, Carlsberg, Hettenleidelheim, Tiefenthal, Wattenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158), vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Bobenheim-Roxheim, Lambsheim, die Verbandsgemeinden Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim b. Frankenthal, Kleinniedesheim), Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157, 158)
157	Ludwigshafen	Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein, vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen,

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 158)
158	Neustadt — Speyer	Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer, vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreien Gemeinden Bad Dürkheim, Haßloch, die Verbandsgemeinden Deidesheim (= Gemeinden Deidesheim, Forst an der Weinstraße, Meckenheim, Niederkirchen b. Deidesheim, Ruppertsberg), Freinsheim (= Gemeinden Bobenheim a. Berg, Dackenheim, Erpolzheim, Freinsheim, Herxheim a. Berg, Kallstadt, Weisenheim a. Berg, Weisenheim a. Sand), Lambrecht (Pfalz) (= Gemeinden Elmstein, Esthal, Frankeneck, Lambrecht [Pfalz], Lindenberg, Neidenfels, Weidenthal), Wachenheim an der Weinstraße (= Gemeinden Ellerstadt, Friedelsheim, Gönnheim, Wachenheim an der Weinstraße) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156), vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Römerberg, Schifferstadt, die Verbandsgemeinden Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen), Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 157)
159	Kaiserslautern	Kreisfreie Stadt Kaiserslautern, Landkreise Kaiserslautern, Kusel
160	Pirmasens	Kreisfreie Städte Pirmasens, Zweibrücken, Landkreis Pirmasens
161	Landau	Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz, Landkreise Germersheim, Südliche Weinstraße
		Baden-Württemberg
162	Stuttgart-Süd	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Birkach mit Kleinhohenheim und Schönberg, Degerloch mit Hoffeld, Hedelfingen mit Lederberg und Rohracker, Möhringen mit Fasanenhof und Sonnenberg,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Plieningen mit Asemwald, Hohenheim und Steckfeld, Sillenbuch mit Heumaden und Riedenberg, Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd mit Kaltental, Stuttgart-West mit Rotwildpark, Schwarzwildpark und Solitude, Vaihingen mit Büsnau, Dürrlewang und Rohr (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 163)
163	Stuttgart-Nord	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Bad Cannstatt mit Burgholzhof, Sommerrain und Steinhaldenfeld, Botnang, Feuerbach, Mühlhausen mit Freiberg, Hofen, Mönchfeld und Neugereut, Münster, Obertürkheim mit Uhlbach, Stammheim, Stuttgart-Ost mit Frauenkopf, Untertürkheim mit Luginsland und Rotenberg, Wangen, Weilimdorf mit Bergheim, Giebel, Hausen und Wolfbusch, Zuffenhausen mit Neuwirtshaus, Rot und Zazenhausen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 162)
164	Böblingen	Landkreis Böblingen
165	Esslingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 166)
166	Nürtingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen, Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 165)
167	Göppingen	Landkreis Göppingen
168	Waiblingen	Vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Alfdorf, Berglen, Fellbach, Kaisersbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Plüderhausen, Remshalden, Rudersberg,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schorndorf, Schwaikheim, Urbach, Waiblingen, Weinstadt, Welzheim, Winnenden, Winterbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)
169	Ludwigsburg	Vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Asperg, Ditzingen, Eberdingen, Gerlingen, Hemmingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen, Oberriexingen, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
170	Neckar-Zaber	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Untergruppenbach, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 171), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 169)
171	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Flein, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Löwenstein, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Talheim, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
172	Schwäbisch Hall	Hohenlohekreis, Landkreis Schwäbisch Hall
173	Backnang — Schwäbisch Gmünd	Vom Ostalbkreis die Gemeinden Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 174), vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Großerlach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 168)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
174	Aalen — Heidenheim	Landkreis Heidenheim, vom Ostalbkreis die Gemeinden Aalen, Adelmannsfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stödtlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen, Wört (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)
175	Karlsruhe-Stadt	Stadtkreis Karlsruhe
176	Karlsruhe-Land	Vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bad Schönborn, Bretten, Bruchsal, Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Forst, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Hambrücken, Karlsbad, Karlsdorf-Neuthard, Kraichtal, Kronau, Kürnbach, Linkenheim-Hochstetten, Marxzell, Oberderdingen, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Pfinztal, Philippsburg, Stutensee, Sulzfeld, Ubstadt-Weiher, Waghäusel, Waldbronn, Walzbachtal, Weingarten (Baden), Zaisenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 177)
177	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden, Landkreis Rastatt, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Ettlingen, Malsch, Rheinstetten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176)
178	Heidelberg	Stadtkreis Heidelberg, vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Altlußheim, Brühl, Dossenheim, Eppelheim, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 180, 182)
179	Mannheim I	Vom Stadtkreis Mannheim die Stadtbezirke Blumenau, Feudenheim, Gartenstadt, Innenstadt, Jungbusch-Mühlau, Käfertal, Käfertal-Speckweggebiet, Käfertal-Sonnenschein, Käfertal-Süd, Luzenberg, Neckarstadt-Ost, Neckarstadt-West, Oststadt, Sandhofen, Scharhof, Schönau, Schwetzingerstadt, Speckweggebiet, Vogelstang, Waldhof, Waldhof-Speckweggebiet, Wallstadt, Wohlgelegen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 180)
180	Mannheim II	Vom Stadtkreis Mannheim die Stadtbezirke Almenhof, Casterfeld, Friedrichsfeld, Hochstätt, Lindenhof, Neckarau, Neuhermsheim, Neuostheim, Niederfeld, Pfingstberg, Rheinau, Rheinau-Süd, Seckenheim, Suebenheim (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 179),

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Edingen-Neckarhausen, Heddesheim, Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenbach, Schriesheim, Weinheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 182)
181	Odenwald — Tauber	Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis
182	Rhein-Neckar	Vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Angelbachtal, Bammental, Dielheim, Eberbach, Epfenbach, Eschelbronn, Gaiberg, Heddesbach, Heiligkreuzsteinach, Helmstadt-Bargen, Leimen, Lobbach, Malsch, Mauer, Meckesheim, Mühlhausen, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neidenstein, Nußloch, Rauenberg, Reichartshausen, Sandhausen, Sankt Leon-Rot, Schönau, Schönbrunn, Sinsheim, Spechbach, Waibstadt, Walldorf, Wiesenbach, Wiesloch, Wilhelmsfeld, Zuzenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 180)
183	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis
184	Calw	Landkreise Calw, Freudenstadt
185	Freiburg	Stadtkreis Freiburg im Breisgau, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Au, Bötzingen, Bollschweil, Breisach am Rhein, Buchenbach, Ebringen, Ehrenkirchen, Eichstetten, Glottertal, Gottenheim, Gundelfingen, Heuweiler, Horben, Ihringen, Kirchzarten, March, Merdingen, Merzhausen, Oberried, Pfaffenweiler, Sankt Märgen, Sankt Peter, Schallstadt, Sölden, Stegen, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittnau (Übrige Gemeinden s. Wkr. 186, 192)
186	Lörrach — Müllheim	Landkreis Lörrach, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Auggen, Bad Krozingen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Hartheim, Heitersheim, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Staufen im Breisgau, Sulzburg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185, 192)
187	Emmendingen — Lahr	Landkreis Emmendingen, vom Ortenaukreis die Gemeinden Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lahr/Schwarzwald, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Oberwolfach, Ringsheim, Rust, Schuttertal, Schwanau, Seelbach, Steinach, Wolfach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 188)
188	Offenburg	Vom Ortenaukreis die Gemeinden Achern, Appenweiler, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Durbach, Gengenbach, Hohberg, Kappelrodeck,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Kehl, Lauf, Lautenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Offenburg, Ohlsbach, Oppenau, Ortenberg, Ottenhöfen im Schwarzwald, Renchen, Rheinau, Sasbach, Sasbachwalden, Schutterwald, Seebach, Willstätt, Zell am Harmersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 187)
189	Rottweil	Landkreise Rottweil, Tuttlingen
190	Schwarzwald-Baar	Schwarzwald-Baar-Kreis
191	Konstanz	Landkreis Konstanz
192	Waldshut	Landkreis Waldshut, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Breitnau, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Hinterzarten, Lenzkirch, Löffingen, Schluchsee, Titisee-Neustadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185, 186)
193	Reutlingen	Landkreis Reutlingen
194	Tübingen	Landkreis Tübingen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 198)
195	Ulm	Stadtkreis Ulm, Alb-Donau-Kreis
196	Biberach	Landkreis Biberach, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Achberg, Aichstetten, Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Isny im Allgäu, Kißlegg, Leutkirch im Allgäu, Vogt, Wangen im Allgäu, Wolfegg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 197)
197	Ravensburg — Bodensee	Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Baienfurt, Baindt, Berg, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Grünkraut, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Königseggwald, Ravensburg, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 196)
198	Zollernalb — Sigmaringen	Landkreis Sigmaringen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten,

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 194)
		Bayern
199	Altötting	Landkreise Altötting, Ebersberg, Mühldorf a. Inn
200	Freising	Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm
201	Fürstenfeldbruck	Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck
202	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen
203	München-Mitte	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207)
204	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 22, 27, 28, 33 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 205, 206, 207)
205	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 14, 16, 29 bis 32 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 206, 207)
206	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 17, 18, 24, 34, 36, 41 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 205, 207)
207	München-West	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 20, 23, 25, 35, 37 bis 40 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 205, 206)
208	München-Land	Landkreis München
209	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
210	Starnberg	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg
211	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
212	Weilheim	Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg a. Lech, Weilheim-Schongau
213	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
214	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut
215	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau
216	Rottal-Inn	Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn
217	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreise Regen, Straubing-Bogen
218	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i. d. OPf.
219	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
220	Schwandorf	Landkreise Cham, Schwandorf
221	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf., Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth
222	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Hallstadt, Hirschaid, Litzendorf, Oberhaid, Schlüsselfeld, Strullendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Bischberg (= Gemeinden Bischberg, Viereth), Breitengüßbach (= Gemeinden Breitengüßbach, Kemmern), Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i. Steigerwald), Buttenheim (= Gemeinden Altendorf, Buttenheim), Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, Ebrach), Frensdorf (= Gemeinden Frensdorf, Pettstadt, Pommersfelden), Memmelsdorf (= Gemeinden Gundelsheim, Memmelsdorf), Stegaurach (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf, Stegaurach, Walsdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226)
223	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth
224	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Kronach
225	Hof	Kreisfreie Stadt Hof, Landkreise Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
226	Kulmbach	Landkreise Kulmbach, Lichtenfels, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Heiligenstadt i. OFr., Rattelsdorf, Scheßlitz, Zapfendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Baunach (= Gemeinden Baunach, Gerach, Lauter, Reckendorf), Steinfeld (= Gemeinden Königsfeld, Stadelhofen, Wattendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 222)
227	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreis Ansbach
228	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Nürnberger Land, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Adelsdorf, Bubenreuth, Eckental, Höchstadt a. d. Aisch, die Verwaltungsgemeinschaften Baiersdorf (= Gemeinden Baiersdorf, Möhrendorf), Hemhofen (= Gemeinden Hemhofen, Röttenbach), Heroldsberg (=Gemeinden Heroldsberg, Kalchreuth), Höchstadt a. d. Aisch (= Gemeinden Gremsdorf, Lonnerstadt, Mühlhausen, Vestenbergsgreuth, Wachenroth), Uttenreuth (= Gemeinden Buckenhof, Marloffstein, Spardorf, Uttenreuth) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 229)
229	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinde Herzogenaurach, die Verwaltungsgemeinschaft Weisendorf (= Gemeinden Aurachtal, Großenseebach, Heßdorf, Oberreichenbach, Weisendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
230	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 03, 05 bis 13, 23 bis 30, 70 bis 87, 90 bis 95 (Übrige Bezirke s. Wkr. 231)
231	Nürnberg-Süd	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 14 bis 22, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 65, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 230)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
232	Roth	Kreisfreie Stadt Schwabach, Landkreise Roth, Weißenburg-Gunzenhausen
233	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg
234	Bad Kissingen	Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld
235	Main-Spessart	Landkreise Main-Spessart, Miltenberg
236	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
237	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg
238	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg
239	Augsburg-Land	Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries
241	Neu-Ulm	Landkreise Günzburg, Neu-Ulm
242	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu
243	Ostallgäu	Kreisfreie Städte Kaufbeuren, Memmingen, Landkreise Ostallgäu, Unterallgäu
		Saarland
244	Saarbrücken I	Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Kleinblittersdorf, Saarbrücken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245)
245	Saarbrücken II	Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Großrosseln, Heusweiler, Püttlingen, Quierschied, Riegelsberg, Sulzbach/Saar, Völklingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 244), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Schwalbach/Saar, Wadgassen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 246, 247)
246	Saarlouis	Landkreis Merzig-Wadern, vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Dillingen/Saar, Nalbach, Rehlingen, Saarlouis, Saarwellingen, Überherrn, Wallerfangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 247)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
247	Sankt Wendel	Landkreis Sankt Wendel, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 248), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 246)
248	Homburg	Saar-Pfalz-Kreis, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen/Saar, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 247)

Bericht der Abgeordneten Krey, Wittmann (Straubing), Bühling und Dr. Wendig

I. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 8/2682 — wurde in der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 1979 an den Innenausschuß federführend und an den Rechtsausschuß mitberatend sowie gemäß § 96 der Geschäftsordnung an den Haushaltsausschuß überwiesen. Über die Stellungnahme des Bundesrates zu diesem Gesetzentwurf unterrichtet die Bundesregierung am 19. April 1979 und über die Gegenäußerung hierzu am 8. Mai 1979 — Drucksache 8/2757 und 8/2806 —.

Der Gesetzenwurf der CDU/CSU zum Wahlrecht der in EG-Mitgliedstaaten ansässigen deutschen Staatsbürger — Drucksache 8/1716 — wurde in der 88. Sitzung vom 27. April 1978 federführend an den Innenausschuß und mitberatend an den Rechtsausschuß überwiesen, der in seiner Stellungnahme vom 7. Februar 1979 mit Mehrheit empfahl, den Gesetzentwurf abzulehnen, weil die Anknüpfung an den Wohnsitz im EG-Bereich kein geeignetes Kriterium sei, und eine Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Auslandsdeutschen aus politischen Gründen nicht angebracht erscheine.

Der Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Langner usw. und der Fraktion der CDU/CSU zur Ergänzung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten — Drucksache 8/2306 — wurde in der 122. Sitzung am 6. Dezember 1978 an den Innenausschuß federführend und an den Rechtsausschuß mitberatend überwiesen. Diesem Gesetzentwurf stimmte der Rechtsausschuß am 14. März 1979 mit einigen Änderungen einstimmig zu.

Der Innenausschuß hat die Gesetzentwürfe in fünf Sitzungen beraten. In seinen Sitzungen am 9. und 16. Mai 1979 wurde die Beratung der beiden Gesetzentwürfe der CDU/CSU gemeinsam mit dem Regierungsentwurf durchgeführt. Soweit die Stellungnahme des Bundesrates Änderungen empfahl, stimmte der Ausschuß ihnen — wie auch der Rechtsausschuß — zu. Abgelehnt wurde indessen der Gesetzentwurf der CDU/CSU zum Wahlrecht der in EG-Mitgliedsstaaten ansässigen deutschen Staatsbürger, wobei sich der Ausschuß der Stellungnahme des Rechtsausschusses anschloß. Zusätzlich wurde von Mitgliedern der Koalitionsfraktionen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Erfahrungen mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament abzuwarten.

Soweit der Gesetzentwurf der Bundesregierung und der Entwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Ergänzung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten unverändert gebilligt wurde, wird auf ihre Begründung in Drucksachen 8/2682 und 8/2306 verwiesen.

II. Zum Gesetzentwurf

Im Mittelpunkt der Änderungen des Bundeswahlgesetzes steht einmal die fällige Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Bundesländern. Zum anderen bringt die Novelle einige materiell-rechtliche Änderungen hinsichtlich des Wahlrechtsausschlußgrundes der Entmündigung, der Fristenregelung bei der Kandidatenaufstellung und des Verbots unzulässiger Veröffentlichung von Wählerbefragungen.

Mehrheitlich ist der Innenausschuß der Auffassung, daß die Änderung des Bundeswahlgesetzes nicht der Zustimmung des Bundesrates gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG bedarf, da die Durchführung der Bundeswahl keine verwaltungsmäßige Ausführung eines Bundesgesetzes ist, sondern eine Bundesaufgabe darstellt, bei welcher die Länder lediglich Verwaltungshilfe leisten.

Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe b

Der Ausschuß schlägt eine Neufassung von § 3 Abs. 4 Satz 1 des Bundeswahlgesetzes vor, die eine redaktionelle Klarstellung unter Berücksichtigung des inzwischen vom Bundestag beschlossenen Ausführungsgesetzes zu Artikel 29 Abs. 7 GG darstellt.

Nummer 4

Sowohl der Entwurf der Bundesregierung, als auch der Änderungsvorschlag des Budesrates gehen davon aus, daß diejenigen Bürger, die sich freiwillig unter Pflegschaft gestellt haben, in Zukunft wahlberechtigt sein sollen. Der Bundesrat meint jedoch, daß es weiterhin erforderlich sei, den betroffenen Personenkreis im Hinblick auf die im Wahlrecht gegebenen Fristen schnell, eindeutig und ohne großen Verwaltungsaufwand ermitteln zu können. Dies werde durch die Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung auf Grund eines Antrags des Pfleglings beim Vormundschaftsgericht erreicht. Wenngleich der Vorschlag des Bundesrates im Innenausschuß auf Bedenken stieß, weil er entgegen der von der Bundesregierung beabsichtigten uneingeschränkten Einräumung des Wahlrechts für die Betroffenen einen Antragsvorbehalt vorsieht, der möglicherweise abschreckende Wirkung hat, wurde er dennoch vom Innenausschuß einstimmig angenommen, nachdem sich auch der Rechtsausschuß für die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung ausgesprochen hatte.

Nummer 6

Der Innenausschuß stimmte dem Änderungsvorschlag des Bundesrates zu, obgleich gewisse Be-

denken hierzu vorgetragen wurden, die sich gegen die Lesbarkeit und die Verständlichkeit der unterschiedlichen Fristenregelung für die Kandidaten und die Vertreterversammlung richteten. Der Rechtsausschuß hatte die Annahme des Änderungsvorschlages des Bundesrates empfohlen. Der Ausschuß prüfte die Möglichkeit, ob die vorgesehene neue Frist von 23 Monaten nach Beginn der Wahlperiode für die Vertreterversammlungen rückwirkend gelten könne. Er schloß sich hierzu den vom Bundesminister des Innern vorgetragenen Bedenken an und hielt es aus Rechtsgründen nicht für angebracht, einer entsprechenden Anregung der Mitglieder der CSU des Ausschusses zu folgen.

Nummer 8 a

Entsprechend dem Gesetzentwurf der CDU/CSU — Drucksache 8/2306 — schlug der Rechtsausschuß eine Ergänzung von § 32 BWG um einen Absatz 2 vor, die auch der Innenausschuß übernahm.

Nummer 9 a

Auch hinsichtlich der Einfügung eines neuen § 49 a (Ordnungswidrigkeiten) in das Bundeswahlgesetz folgte der Innenausschuß der Empfehlung des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf der CDU/CSU — Drucksache 8/2306 —, auf dessen Begründung, Seite 3, verwiesen wird.

Nummer 10

Der Ausschuß folgte der Empfehlung des Bundesrates, der auch die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zugestimmt hat.

Artikel 1 a

Der Innenausschuß hat entsprechend der Stellungnahme des Bundesrates, der auch die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zugestimmt hat, vorgesehen, den Bundesminister des Innern zu ermächtigen, die Abgrenzung von Wahlkreisen neu zu beschreiben und die Anlage zum Bundeswahlgesetz neu bekanntzumachen, wenn dies auf Grund kommunaler Gebiets- oder Namensänderungen angezeigt ist. Das Gebiet eines Wahlkreises kann auf Grund dieser Ermächtigung nicht geändert werden.

III. Zur Wahlkreiseinteilung

Der Innenausschuß stimmte der Einteilung der Bundestagswahlkreise entsprechend Artikel 1 Nr. 12 für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland unverändert zu. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Wahlkreiseinteilung geht auf den Beschluß des Deutschen Bundestages zum Bericht der Wahlkreiskommission — Drucksache 8/2166 und 8/1876 — vom 19. Oktober 1978 zurück. Beim Wahlkreis 31 sprach sich der Ausschuß dafür aus, ihm den Namen Lüneburg-Lüchow-Dannenberg zu geben, um das Gebiet des Wahlkreises, der aus den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Lüneburg gebildet wird, genau zu beschreiben. Für den Wahlkreis 130, dessen Gebiet voraussichtlich durch ein kommunales Neuordnungsgesetz im Sommer dieses Jahres neu abgegrenzt wird, sah der Ausschuß keine Möglichkeit, im Vorgriff auf das hessische Neuordnungsgesetz eine entsprechende Beschreibung vorzusehen. Dies bedeutet die Inkaufnahme der Durchtrennung von Gemeindegrenzen durch Wahlkreisgrenzen. Der Ausschuß erklärte aber seine Bereitschaft, insoweit dem Deutschen Bundestag eine Neuabgrenzung dieses Wahlkreises zu empfehlen, falls ihm eine entsprechende Initiative unterbreitet wird. In Baden-Württemberg wurden die Wahlkreise 185 und 192 in der Weise abgegrenzt, wie dies der Bundesrat in seiner Stellungnahme vorgeschlagen hat. Dabei ging der Ausschuß davon aus, daß über diese Änderung gegenüber der Regierungsvorlage zwischen den Parteien auf Landesebene Einvernehmen erzielt worden ist.

Über die Wahlkreiseinteilung in Nordrhein-Westfalen haben sich die im Landtag vertretenen Parteien, die mit dem Regierungsvorschlag nicht einverstanden sind, nicht einigen können. Der Ausschuß hat entsprechend seiner bisherigen Übung erklärt, daß er einer einvernehmlich vorgeschlagenen Lösung für Nordrhein-Westfalen zustimmen werde, die die Grundsätze beachte, die der Ausschuß in seiner Beschlußempfehlung zu dem Bericht der Wahlkreiskommission — Drucksachen 8/2166 und 8/1876 — aufgestellt hat. Der Ausschuß hat vorgesehen, die Wahlkreiseinteilung für Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 30. Mai 1979 selbst zu beschließen, falls ihm bis dahin eine Einigung der Parteien aus Nordrhein-Westfalen über die Wahlkreiseinteilung nicht mitgeteilt worden ist. Der Bericht des Ausschusses wird insoweit ergänzt werden.

Bonn, den 23. Mai 1979

Krey **Wittmann (Straubing)** **Bühling** **Dr. Wendig**

Berichterstatter